

der Arbeiterklasse in Westdeutschland zum ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat, der DDR, hervor. Das von der Parteidelegiertenkonferenz beschlossene Aktionsprogramm orientierte auf den Kampf gegen die Atomrüstung, für die Bändigung des deutschen Militarismus, für einen Friedensvertrag und die Verständigung der beiden deutschen Staaten, gegen die klerikal-militaristische Herrschaft, für parlamentarisch-demokratische Verhältnisse in der Bundesrepublik und die Zurückdrängung der Macht der Monopole und für die sozialen Rechte der Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands betrachtet die Sicherung der Nation vor Krieg und Vernichtung und die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens als die Hauptfrage unserer Zeit. Die SED, die Nationale Front und die Regierung der DDR unterbreiteten zahlreiche Vorschläge zur Verminderung der Spannungen und zur Verwirklichung der friedlichen Koexistenz in Deutschland, zur Herstellung eines Minimums an korrekten Beziehungen und Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten und zur Schaffung einer deutschen Konföderation als wichtigem Schritt zur allmählichen Überwindung der Spaltung Deutschlands.

Die westdeutsche Regierung lehnte jedoch, vor allem gestützt auf den USA-Imperialismus, alle Vorschläge zur friedlichen Regelung der deutschen Frage und zur Normalisierung der Lage in Westberlin ab. Sie verstärkte den Aufbau der aggressiven Bundeswehr, forcierte das Bestreben, sie atomar zu bewaffnen, und baute Westberlin weiterhin zu einem NATO»Stützpunkt, zu einem Spionage- und Agentenzentrum gegen die sozialistischen Länder aus. Die Abwerbung von Bürgern aus der DDR, Menschenhandel, Spionage und Diversion nahmen zu. Westdeutschland wurde zur europäischen Hauptbasis der NATO und ging zur unmittelbaren Kriegsvorbereitung und Organisation des Bürgerkrieges gegen die DDR über.

Weil die Gefahr zunehmender Spannungen und ernster Konflikte infolge der Atomkriegsrüstung, der Revanchehetze und des Neofaschismus in Westdeutschland mit jedem Monat größer wurde, wurden der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und damit die Liquidierung der Überreste des zweiten Weltkrieges und die friedliche Lösung des Westberlinproblems zur unaufschiebbaren Aufgabe. Deshalb wandte sich die DDR im September 1958 an die vier Großmächte mit dem Vorschlag, den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten zu beschleunigen. Während sich die Westmächte und die Bonner Regierung den konstruktiven Vorschlägen der DDR gegenüber taub stellten, unterstützte die Sowjetunion voll und ganz die Initiative der Deutschen Demokratischen Republik.